

## Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, Ing. Huber, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend **Verbindlicher Wertekodex für NÖ Schulen**

Fehlende Deutschkenntnisse, Radikalisierungen, Gewalt und Mobbing im Klassenzimmer nehmen stark zu. Neben den offiziellen Zahlen, die mehr als alarmierend sind, belegen das auch Erfahrungsberichte von Schülern, Lehrern und Eltern. Im Vorjahr hat es 835 Anzeigen wegen Körperverletzung oder schwerer Körperverletzung im Bereich der Lehranstalten gegeben. Dazu kommen 202 angezeigte Fälle wegen gefährlicher Drohung. In Niederösterreich wurden im Vorjahr 121 Straftaten in den Bildungseinrichtungen zur Anzeige gebracht. Im Vergleich zum Jahr davor entspricht dies zwar einem Rückgang, aber sämtliche Experten und auch der oberste Lehrerwerkschafter Paul Kimberger vermuten eine wesentlich höhere Dunkelziffer bei Gewalttaten an Schulen. Die Lehrervertretung „*beobachtet seit geraumer Zeit die Zunahme von Gewalt*“, sagte Paul Kimberger bereits im März 2018 im Interview mit der Tageszeitung Österreich und Heute. Tatsächlich wird die Örtlichkeit „Bildungseinrichtung“ erst seit 2013 kriminalstatistisch erfasst. Viele Opfer schämen sich und sprechen nicht über ihre tragischen Erlebnisse.

Neben den steigenden Gewaltausschreitungen gibt es vermehrt Probleme mit Kindern nicht deutscher Muttersprache. An den Schulen hat bereits ein Viertel aller Schüler österreichweit eine andere Umgangssprache als Deutsch. In Niederösterreich konzentriert sich diese Problematik vor allem auf die Ballungszentren, also den städtischen Bereich. Hier sind Migrantenkinder in den Volksschulen oft nicht mehr in der Minderheit, sondern teilweise schon in der Überzahl. In St. Pölten haben etwa 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die zur Schule gehen, nicht Deutsch als Muttersprache. In Wiener Neustadt betrifft das ebenfalls knapp 40 Prozent der Schüler, wobei in einzelnen Schulen bis zu 90 Prozent der Schüler eine andere Muttersprache haben und damit auch eine andere Umgangssprache pflegen. Besonders erschreckend ist in diesem Zusammenhang der faktische Rückgang der Deutschkenntnisse

bei der zweiten und dritten Generation muslimischer Migranten. Das untermauert auch der jüngste Integrationsbericht.

Verstärkt werden die Probleme durch 45.000 außerordentliche Schüler, die zu zwei Drittel aus Familien von Asylwerbern oder Asylberechtigten kommen. In Niederösterreich müssen aktuell rund 4.200 dieser Schüler erst an die Unterrichtssprache Deutsch herangeführt werden. Mit den fehlenden Deutschkenntnissen gehen auch Radikalisierungen und der Kulturkampf im Klassenzimmer einher.

Das Bildungs- und Integrationsmanko setzt sich in weiterer Folge auf dem heimischen Arbeitsmarkt fort. Die Erwerbstätigkeitsquote lag 2017 bei Menschen türkischer Herkunft mit 55 Prozent und bei Menschen aus Fluchtherkunftsländern (Syrien, Afghanistan, Irak) mit 27 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt.

Um den Fehlentwicklungen und Problemen in den NÖ Schulen entgegenzuwirken und diese an der Wurzel zu packen, bedarf es verbindlicher Grundregeln für ein friedvolles und sicheres Zusammenleben auf Augenhöhe in der Schule. Dabei gilt es vor allem die Erziehungsberechtigten miteinzubinden und in die Pflicht zu nehmen. Auch Paul Kimberger bekräftigte dies am 17. Oktober 2018 im Ö1 Mittagsjournal.

In Form eines verbindlichen Wertekodex können diese Grundregeln nach den drei Prinzipien (1) Respekt und Gleichberechtigung nach österreichischem Standard, (2) Traditionen und Werte sowie (3) Sicherheit und Hausverstand verankert werden.

Die Erziehungsberechtigten sollen den Wertekodex zu Schulbeginn als Verhaltensvereinbarung unterzeichnen. Damit alle Kinder davon profitieren, muss dieser zielgruppenspezifisch vom Kindergarten über die Volksschule bis hin zur zweiten Sekundarstufe in den Unterricht einfließen. Neben den bildungspolitischen Maßnahmen müssen unsere heimischen Werte, Feste und Traditionen wieder zu einem zentralen Bestandteil der schulischen Wertevermittlung werden. Dazu gehört neben dem Feiern von traditionellen Festen auch das Kreuz in jedem Klassenzimmer. Zudem muss klar sein, dass Gewalt und Mobbing in der Schule nichts verloren haben. Eltern, Schüler und Lehrer müssen die Sicherheit haben, dass die Schule für ein harmonisches Miteinander garantiert. Wer gewalttätig wird und sich nicht an die Grundregeln hält, muss mit entsprechenden Erziehungsmaßnahmen bedacht werden. Für Schüler ab dem 14. Lebensjahr sollen Konsequenzen in Form von Sozialstunden verankert werden. Wie ein aktueller Bericht aus Wien zeigt, sind Suspendierungen von Gewalt-

schülern nicht der geeignete Weg. Die Problemschüler sollen vielmehr weiter dem Unterricht folgen und in Form von Sozialstunden gesellschaftlich integriert und sozialisiert werden.

Wesentlich für die Erfassung von Vergehen und Verstößen ist die Schaffung eines zentralen Registers, in dem Fehlverhalten, Gewalt, Mobbing und Verstöße gegen die Hausordnung erfasst werden. Dieses Register soll auch als empirische bzw. statistische Grundlage dienen, um die Problem- und Fehlentwicklungen in den NÖ Schulen in den Griff zu bekommen. Dies bekräftigte zuletzt auch Bildungsminister Faßmann im Kurier-Interview vom 28.03.2018. *„Wenn es in den jeweiligen Schulaufsichtsbehörden keine systematischen Aufzeichnungen gibt, müsse man diese beginnen – und wenn es dazu eine Empfehlung des Ministeriums braucht, gebe ich diese gerne“*, betonte Faßmann. Ziel muss es sein, dass die Schule wieder zu einem Ort der Leistung, Bildung, des Miteinanders und des Lernens wird.

Die Gefertigten stellen daher den

### **Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für einen verbindlichen Wertekodex mit Erziehungsmaßnahmen bei Verstößen in NÖ Schulen aus, in dem Grundregeln für ein friedvolles und sicheres Zusammenwirken auf Augenhöhe in der Schule verankert werden.
2. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung beauftragt, alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um einen verbindlichen Wertekodex mit Erziehungsmaßnahmen zielgruppenspezifisch für alle NÖ Schulen und Kindergärten sicherzustellen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Bildungs-Ausschuss zur Vorbereitung zuzuweisen.